

BESCHLUSS

des 62. Ord. Bundesparteitages der FDP, Rostock, 13.-15. Mai 2011

Europa ist Deutschlands Zukunft

Fast 60 Jahre Europäische Integration haben uns ein nie gekanntes Maß an Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht. Die Überwindung des Nationalismus als Geißel europäischer Geschichte, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Überwindung der Teilung unseres Kontinents wären ohne das gemeinsame Europa nicht erreicht worden. Wir Liberale wollen auf dieser einmaligen Erfolgsgeschichte aufbauen. Europa muss den Anspruch erheben, die Globalisierung mit zu gestalten anstatt auf Veränderungen nur zu reagieren.

Zugleich verkennen wir nicht bestehende Defizite und Fehlentwicklungen. Die Europäische Union muss demokratischer, verständlicher, transparenter und handlungsfähiger werden.

Wir wollen ein Europa, das die politische Rolle der Nationalstaaten, Regionen und Kommunen achtet. Wir wollen ein Europa, zu dessen Stärke der Mut zur Selbstbeschränkung gehört, und das nach dem Prinzip der Subsidiarität nur dort handelt, wo eine europäische Lösung besser ist als eine in nationaler Eigenverantwortung. Seine Kraft schöpft Europa aus der gelebten Idee der „Einheit in Vielfalt“. Dieses Prinzip zu wahren und zu schützen ist eine der Kernaufgaben europäischer Politik.

Europa ist ein Staatenverbund mit einzigartigen gesellschaftlichen, politischen, rechtsstaatlichen und ökonomischen Gemeinsamkeiten. Die FDP will, dass Europa diesen Weg der Vertiefung weitergeht. Wir wollen ein föderales Europa und keinen Zentralismus. Wir wollen ein Europa des Wettbewerbs und keine bürokratische Gleichmacherei. Wir wollen ein Europa der Freiheit und Toleranz und keine nationalistische Ausgrenzung.

I. Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung

Die sich in Hochgeschwindigkeit vollziehende Globalisierung und die damit einhergehenden ökonomischen und politischen Machtverschiebungen sind die große Herausforderung für Europa in diesem Jahrhundert. Selbst ein Land von der Größe und wirtschaftlichen Stärke Deutschlands würde an der Aufgabe scheitern, sich in diesem ständig verändernden Umfeld im Alleingang zu behaupten. Deshalb setzen wir Liberale im globalen Wettbewerb auf ein gemeinsames Europa der politischen und wirtschaftlichen Stärke. Dabei müssen sich innerhalb Europas die wirtschaftlich Schwächeren an den Erfolgreicheren orientieren. Ziel kann es nicht sein, die Wettbewerbsfähigkeit der starken EU-Staaten zu schwächen. Nur jede einzelne eu-

ropäische Volkswirtschaft kann und muss durch entschlossene Maßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Es ist jetzt an der Zeit, die Stärken Europas auszubauen, d.h. auch, den europäischen Binnenmarkt zu vollenden und Europas Führungsrolle in Schlüsselbereichen von Technologie und Dienstleistungen weiter zu entwickeln. Wir Liberale wollen den freien Welthandel stärken und Handelsschranken auch der EU abbauen. Die FDP lehnt jedoch eine europäische Wirtschaftsregierung, insbesondere eine europäische Industriepolitik ab. Wir Liberale wollen ein Europa, das mit den EU-Finzen nicht die Vergangenheit verlängert, sondern auf Investitionen in die Zukunft setzt.

II. Neue Schuldenkrisen verhindern

Die Stabilität unserer Währung ist im deutschen und europäischen Interesse. Darum müssen wir eine neue Architektur aufbauen, die Fehler der Vergangenheit verhindert und Vertrauen für die Zukunft schafft. Die gegenwärtige Schuldenkrise ist auch dadurch möglich geworden, dass 2004 unter aktiver Beteiligung der damaligen Bundesregierung die Stabilitätskultur aufgeweicht wurde und deswegen Euroländer ungestraft zu viele Schulden machen konnten und zuwenig auf die Wettbewerbsfähigkeit geachtet wurde.

Wir Liberale wollen europäische Solidarität, aber nur gegen finanzpolitische Solidität. Wir Liberale lehnen eine Haftungsunion ab. Wir Liberale machen uns für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank stark. Deshalb lehnen wir eine zentralistische Wirtschaftsregierung für Europa ab.

Die FDP will eine neue Stabilitatsarchitektur, die die marktwirtschaftliche Entwicklung der Euroländer besser überwacht, Verstöße gegen die Stabilitätskriterien wirksam sanktioniert, um durch die frühzeitige Bekämpfung der Ursachen neue Krisen zu verhindern.

1. Die FDP fordert eine konsequente Schärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die die Euro-Staaten wirksam verpflichtet, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und ihre Gesamtschulden gemäß den Vorgaben der Maastricht-Defizitkriterien abzubauen. Dazu gehört auch, dass Verstöße gegen die Stabilitätskriterien automatisch sanktioniert werden, d.h. dass eine Sanktion nur mit einer qualifizierten Mehrheit der Eurostaaten verhindert werden kann.
2. Bei der Ausgestaltung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) muss die unmissverständliche Geltung des Ultima-Ratio-Prinzips durchgesetzt werden. Hilfe durch Darlehen darf nur möglich sein, wenn Gefahr für den Bestand der Eurozone als Ganzes besteht. Dazu gehört auch die Festschreibung des Einstimmigkeitsprinzips für Maßnahmen des ESM und dass es Darlehen des ESM nur im äußersten Notfall geben darf, gegen angemessene Zinsen und verbunden mit strikten Auflagen, den Haushalt zu konsolidieren und die Wirtschaft des Landes zu reformieren. Auf keinen Fall dürfen Schulden anderer Länder übernommen werden. Notwendig ist ein transparentes Verfahren, bei dem alle Gläubiger einbezogen werden. CAC-Klauseln erleichtern eine Schuldenrestrukturierung und müssen daher ab Juli 2013 verpflichtend in allen Staaten der Eurozone eingeführt werden. Soweit rechtlich möglich, sollen auch die Bedingungen für bereits gegebene Anleihen angepasst werden.

3. Die unabhängige Bewertung der Schuldentragfähigkeit eines Landes muss dadurch gesichert sein, dass IWF, EZB und EU-Kommission diese Bewertung gemeinsam vornehmen und zu gemeinsamen Ergebnissen kommen. Die privaten Gläubiger müssen grundsätzlich an allen Hilfsmaßnahmen beteiligt werden, wenn ein Staat seine Schulden nicht mehr selbst tragen kann und es sich nicht lediglich um eine Liquiditätskrise handelt. Die Eurozone braucht auch klare Regeln für eine geordnete Staateninsolvenz.
4. Eurobonds oder andere gemeinsam finanzierte Anleiheaufkäufe des ESM am Sekundärmarkt sowie die Einführung einer EU-Steuer lehnt die FDP ab. Anleiheankäufe des ESM am Primärmarkt dürfen nur in einer absoluten Ausnahmesituation zulässig sein, nach einstimmigem Beschluss und im Rahmen eines Sanierungsprogrammes. Beim EU-Haushalt muss die Deckelung auf 1% des Bruttonationaleinkommens (BNE) beibehalten werden.
5. Ein strikter Parlamentsvorbehalt ist bei jeder Aktivierung des ESM sicherzustellen.
6. Die Bundesbank muss im Direktorium des ESM vertreten sein. In Analogie zum Internationalen Währungsfonds sollte einer der beiden deutschen Vertreter im ESM-Direktorium aus der Bundesbank kommen. Eine Präsenz der Bundesbank im ESM-Direktorium stärkt die politische Unabhängigkeit und ist ein weiterer Sicherungsmechanismus gegen eine vorschnelle Inanspruchnahme der ESM-Mittel.
7. Um zu gewährleisten, dass der ESM nicht zur dauerhaften Finanzierung von Staatsschulden einzelner Eurozonen-Mitglieder missbraucht wird, soll seine Ausleihkapazität nach der Aufbauphase kontinuierlich wieder zurückgeführt werden. So können sich Staaten und ihre Gläubiger darauf einstellen, dass der ESM nicht dauerhaft als Nothelfer zur Verfügung steht.
8. Die FDP hält die bestehenden Finanzierungssalden der Bundesbank in Höhe von derzeit rund 340 Mrd. Euro im Rahmen des Zahlungsausgleichsystems der EZB (Target 2) für weit überhöht und erwartet, dass die EZB diese wieder auf ein Normalmaß zurückführt. Gleichzeitig soll sie den von der FDP kritisch gesehenen Ankauf von Staatsanleihen beenden.

Die FDP fordert die Bundesregierung auf, den auf Initiative der FDP-Fraktion gefassten Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17. März 2011 und dessen Bedingungen bei der Einführung eines ESM zu erfüllen und im Rahmen der aktuellen Verhandlungen auf die Umsetzung der vorgenannten Bedingungen weiter hinzuwirken sowie den Euro-Plus-Pakt zu einem wirksamen Instrument der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Stabilitätskultur der EU auszubauen. Dazu gehören besonders die Einführung nationaler Schuldenbremsen, Reformen in den Sozialsystemen und Privatisierungen. Der Euro-Plus-Pakt ist in den europäischen Überwachungsprozess einzubinden. Alle Staaten der Eurozone benötigen Konzepte für die Restrukturierung ihrer Banken, einschließlich der Finanzierung eines Rettungsfonds (Bankenabgabe).

III. Europa der Freiheit

Wir Liberale sind davon überzeugt, dass die Attraktivität des europäischen Modells, beginnend mit der Epoche der Aufklärung, darauf gründet, dass die Würde des Einzelnen, die den

Bürgern dienende Rolle des Staates, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftliches Handeln untrennbar miteinander verbunden sind. In diesem Geiste wollen wir Europa gestalten, unsere Werte leben und unsere Interessen verteidigen.

Europa ist immer dann stark, wenn es mit einer Stimme spricht. Im Konzert der aufstrebenden Mächte der Globalisierung brauchen wir deswegen eine vertiefte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas. Die weltweite Verteidigung unserer Werte Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, die Durchsetzung europäischer Interessen, die Fragen der Sicherheit, Verteidigung und Abrüstung in Europa sowie Europas Beiträge zu Konfliktprävention und -bewältigung wollen wir gemeinsam organisieren. Ein wirkungsvoller europäischer Auswärtiger Dienst ist dabei ein wichtiges Instrument. Nur so kann die EU ihre Kräfte bündeln, Aufgaben verteilen und Schwerpunkte setzen.

Für uns Liberale hat die Ausgestaltung der Innen- und Rechtspolitik der Europäischen Union besondere Bedeutung, denn für uns ist Europa auch eine Bürgerrechtsgemeinschaft: Der Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger ist für uns Leitgedanke der europäischen Politik. Ihre durch Europa gewonnenen Freiheiten zu schützen und auszubauen, wie sie zum Beispiel durch das Schengener Abkommen erreicht wurden, sehen wir als besondere Verpflichtung. Die FDP bekennt sich zum Prinzip der Freizügigkeit und spricht sich gegen jede Aufweichung dieses Grundpfeilers der europäischen Integration aus. Den Bürgerinnen und Bürgern in der Union darf die große Errungenschaft grundsätzlich abgeschaffter Grenzkontrollen nicht in nationalen Alleingängen genommen werden. Stattdessen müssen alle Mitgliedsstaaten und die Union gemeinsam den Geist des Schengen-Abkommens bewahren. Zudem müssen Zusammenarbeit und Effektivität beim Schutz der EU-Außengrenzen gestärkt werden.

Nach dem II. Weltkrieg hat die europäische Aussöhnung Westeuropa Frieden und Wohlstand gesichert. Wir Liberale sehen die gesellschaftliche und politische Integration Mittel- und Ost-europas als neue Generationenaufgabe. Gleichzeitig ist die Erweiterung noch nicht beendet. Wenn ein Land Europas die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der EU eindeutig und ohne politische Rabatte erfüllt und die EU die Voraussetzung erfüllt, dieses Land aufzunehmen, dann soll es auch Mitglied werden dürfen.

IV. Die FDP ist die Europapartei

Die FDP hat die entscheidenden Weichenstellungen Europas gestaltet und getragen. Von der Gründung der europäischen Verträge bis zum Fall des Eisernen Vorhangs, von der Westbindung Deutschlands bis zur Einführung des Euro, Liberale haben diese Kapitel Europas entscheidend geprägt. Deutschland hat mehr als jedes andere Land von der Idee des gemeinsamen Europa profitiert. Angesichts der großen Herausforderungen wollen wir mit Engagement und Optimismus diese Erfolgsgeschichte fortschreiben zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Europa.